

Versöhnungsbund fordert Friedensengagement der Bundesregierung in Afrika

Pressemitteilung zur VB Jahrestagung

Die Jahrestagung 2003 des Internationalen Versöhnungsbundes-Deutscher Zweig hat sich im Oktober 2003 unter dem Titel Zwischen Untergang und Aufbruch: Gewalt und ihre Überwindung im Herzen Afrikas ausführlich mit Konflikten in Afrika beschäftigt. Im Hinblick auf die Vorbereitungen für die Mitte 2004 geplante Internationale Konferenz zu Frieden, Sicherheit, Demokratie und Entwicklung in der Region der Großen Seen und angesichts der internationalen und insbesondere auch der deutschen Mitverantwortung für Konflikte und Krieg in Zentralafrika fordert die Mitgliederversammlung des Versöhnungsbundes die Bundesregierung auf,

1. die Vorbereitung und Durchführung der geplanten Internationalen Konferenz zu Frieden, Sicherheit, Demokratie und Entwicklung in der Region der Großen Seen aktiv und substantiell zu unterstützen,
2. sich für die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen aus der Region und aus Deutschland bei der Vorbereitung und Durchführung der geplanten Konferenz einzusetzen,
3. die Mitverantwortung deutscher Firmen für die strukturellen, insbesondere die ökonomischen Ursachen des Kriegs in der Demokratischen Republik Kongo zu thematisieren und die Entwicklung neuer rechtlicher Normen und Instrumente zur Bekämpfung elite-krimineller Netzwerke unter Beteiligung transnationaler Konzerne voranzutreiben. Die Mitgliederversammlung des Versöhnungsbundes unterstützt in diesem Zusammenhang die weiterhin ungelösten Forderungen der Mainzer Erklärung vom 28.11.2002 des Ökumenischen Netzes Zentralafrika mit Nachdruck,
4. die Aufarbeitung der systematischen Verstöße gegen die Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Demokratischen Republik Kongo nachdrücklich zu unterstützen und damit dringend notwendige Prozesse der Versöhnung voranzutreiben,
5. die Zivilgesellschaft in Zentralafrika durch die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen auf den Gebieten Menschenrechte, Friedenspolitik und Versöhnung zu stärken. Auf deutscher Seite fordert die Mitgliederversammlung den gezielten Ausbau von Instrumenten ziviler Konfliktbearbeitung, wie beispielsweise Ziviler Friedensdienste in der Region Zentralafrika, sowie ein entschiedenes Engagement gegen Rüstungsexporte, insbesondere den internationalen Handel mit Kleinwaffen,
6. Entwicklungszusammenarbeit und finanzielle Zusammenarbeit strikt zweckgebunden zur Förderung von Demokratie, zivilgesellschaftlichen Strukturen, Stabilisierung beziehungsweise Wiederaufbau von zivilen Institutionen und ökologischer Nachhaltigkeit einzusetzen und generell keine staatlichen Budgetbeihilfen mehr zu gewähren.

Dem 1919 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100.000 Mitglieder in ca. 40 Staaten der Erde an. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen.